

INFORMATIONEN

Komitee für Grundrechte und Demokratie

Aquinostraße 7-11 | 50670 Köln | Telefon 0221 97269 -30 | Fax 0221 97269 -31
info@grundrechtekomitee.de | www.grundrechtekomitee.de

#03
Aug 2018



Foto: Sea-Watch.org, 22.11.2017, Mittelmeer

Wirklich, wir leben in finsternen Zeiten! Und dennoch, wir wollen weiter streiten.

Liebe Freundinnen und Freunde,
liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,

täglich von Neuem entsetzt über die bürokratische Kälte im herrschenden Ton der politischen Klasse, mit der über jene gesprochen wird, die unter Todesgefahren in seeuntauglichen und überfüllten Schlauchbooten ihr Überleben zu sichern versuchen: Als „Asyltouristen“ werden sie bayerisch verächtlich gemacht; auf bloßes „Menschenfleisch“ sind sie in der rohen Sprache des Neofaschisten und stellvertretenden Ministerpräsidenten Italiens, Matteo Salvini, herabgesunken, der die europäische Asyl- und Migrationspolitik bereits heute diktiert. In diesen finsternen Zeiten schreitet die Um- und Abwertung menschlichen Lebens empathielos voran. Als seien „schwarze Leben“ nichts wert. Haben wir uns nicht längst an die dauernd verwendeten Naturmetaphern wie Ströme, Fluten und Wellen gewöhnt, mit denen das menschliche Leben in den Fluchtmigrationen versachlicht und einprägsam in Pfeilgrafiken dargestellt wird? Um es schließlich in ein bloßes Objekt grenztechnischer und administrativer Verwaltung verwandeln zu können! Aus Menschen werden Zahlen!

Wer beklagt noch die sich ausbreitende Inhumanität in den gewaltüberbordenden Grenzräumen, wer den rasanten Verlust humaner Wertvorstellungen in Europa? Gewiss, da sind die unzähligen en-

gagierten Bürgerinnen und Bürger, die Haltung zeigen, indem sie solidarisch und mitmenschlich handeln, die Menschen noch willkommen heißen und ihre je individuellen Fluchtgeschichten anzuhören bereit sind. Und diejenigen, die sisyphogleich protestieren wider das alles beherrschende Geschrei, Menschen auf der Suche nach Schutz, bis auf bloße Haut entkleidet, bedrohten vermeintlich europäische Sicherheit und damit unsere wohlständigen Privilegien.

**„ Was sind das
für Zeiten, wo ein
Gespräch über Bäume
fast ein Verbrechen ist,
weil es ein Schweigen
über so viele
Untaten einschließt! „**

B. Brecht

Nur die aktuellsten europäischen Untaten seien bündig benannt: Als allererstes, jenseits und diesseits des Mittelmeers Lager, Lager, Lager ... mit in täuschender Absicht wohlklingenden Wortummäntelungen. Wohlwissend, wer Menschen in Lager steckt, erniedrigt sie als Menschen, entzieht ihnen die nötige Basis, menschlich zu leben. Da hilft auch kein beschwichtigender Verweis, es handle sich schließlich

nicht um Internierungs-, gar Konzentrationslager. Wirklich nicht? Zweitens, die für ein an Menschenrechten orientiertes Gemeinwesen völlig inakzeptable europäische Zusammenarbeit mit mafiosen, als Grenzschutz getarnten Milizen und ihrer ausgeübten Schreckensherrschaft. Drittens, die Verhinderung der bürgergesellschaftlichen Seenotrettung, indem dieselbe kriminalisiert und massiv behindert wird. Wohl einkalkulierend, dass die Boat-people entweder ertrinken oder den Misshandlungen der Milizen anheimfallen werden. Sie wissen sehr wohl, unsre Stimmen sind inzwischen heiser geworden, unsere Empörung fast verhallt. Unermüdlich wird europaweit an technisch perfektionierten Todesstreifen gegen die Überlebensmigration gearbeitet. Und die europäische politische Klasse versichert verlogen: Menschenrechte würden stets beachtet. Beruhigt glauben wir ihnen nur allzu gerne. Aber so verhält es sich nicht!

Liebe Freundinnen und Freunde des Grundrechtekomitees, geborgt haben ▶

Spendenkonto

Komitee für Grundrechte und Demokratie

Volksbank Odenwald

IBAN DE76 5086 3513 0008 0246 18
BIC GENODE51MIC

wir uns oben Zeilen aus Bert Brechts Gedicht „An die Nachgeborenen“, angeregt durch Bettina Gaus' Kolumne in der taz vom 30. Juni 2018. In Europa wird ein todbringendes Flüchtlingsabwehrprogramm mit breiter gesellschaftlicher Zustimmung verfolgt, das u.a. eine rassistisch nationalistische Partei in Deutschland auf die Agenda gesetzt hat: Abschotten, aussondern und auslagern! Rasche Schritte in die Barbarei. Dazu genügte es allein

schon, dass diese Partei ins Parlament gewählt worden ist. Was aber, wenn sie erst koalitionsfähig wird? Wir wollen als Grundrechtekomitee nicht schweigen und uns gemeinsam mit selbstbewussten, mündigen Bürgerinnen und Bürgern diesem weltweiten Trend zu autoritären, nationalistischen Sicherheitsstaaten widersetzen. Streiten gegen eine in den neuen Polizeiaufgabengesetzen entgrenzte Gefahrenabwehr zulasten von Grund-

rechten, streiten wider einen staatlichen Sicherheitsapparat, der das Wirken der NSU-Todesschwadron mehr zu- als aufdeckte. Streiten für eine demokratische Gesellschaft, in der alle Menschen frei und gleich zu leben ermöglicht wird (s. dazu die Beiträge von Michèle Winkler und Britta Rabe, sowie das Interview mit Martin Singe).

◆ Die Redaktion

Wenn ein anarchistischer Pazifist in den Ruhestand geht ...



Martin Singe, Foto: privat

Unser Freund, Kollege und Mitstreiter Martin Singe verlässt nach über 25 Jahren die Geschäftsstelle, deren menschenrechtlich demokratische Arbeit er nachhaltig mitgeprägt hat. Nun beginnt sein Unruhestand. Wir haben uns mit ihm über seine neue Lebenssituation unterhalten.

Martin, Du hast mehr als ein viertel Jahrhundert in der Geschäftsstelle des Grundrechtekomitees gearbeitet. Was ist Deine vielleicht eindrücklichste Erinnerung aus dieser langen Zeit Deines beruflichen und persönlichen Engagements?

Die eindrücklichsten Erfahrungen waren die Aktionen, die wir selbst veranstaltet haben. Z.B. die symbolische Entzündung des Abschiebeknastes in Worms, die mir eine Wohnungsdurchsuchung und eine Geldstrafe eingebracht hatte. Weitere Aktionen hatten wir an Flughäfen gegen Abschiebungen vorgenommen. An vielen Aktionen der Friedensbewegung waren wir beteiligt. Klaus und Hanne Vack hatten ja schon 1983 die „Prominenten-

blockade“ in Mutlangen organisiert. Wir hatten mit Bonner Freund*innen 1983 anlässlich der atomaren „Nachrüstung“ im Hunsrück die Blockade der Hardthöhe mit 3.000 Personen, u.a. mit Heinrich Böll, und die Bundestagsbelagerung während des Stationierungsbeschlusses am 21./22. November, die mit Wasserwerfern bekämpft wurde, initiiert. Jetzt sind wir jedes Jahr in Büchel mit Blockadeaktionen vor dem Atombombenstandort. Ziviler Ungehorsam und der Mut dazu werden wichtig bleiben. Den jährlichen Propaganda-Tag der Bundeswehr begleiten wir mit kreativen Aktionen und der Kampagne gegen die Einbeziehung von Minderjährigen in die Bundeswehr.

Du hast mit vielen Mitstreiterinnen und Mitstreitern zusammengearbeitet, bist vielen engagierten Menschen begegnet. Welche Begegnung würdest Du für Deine eigene politische Sozialisation als besonders bedeutsam charakterisieren?

Politisch sozialisiert war ich ja schon, bevor ich 1993 zum Komitee gekommen bin, über die sog. Dritte-Welt- und Friedensbewegung. Ich war im Koordinierungsausschuss der Friedensbewegung Anfang der 1980er Jahre und in den Dritte-Welt-AKs der Studentengemeinden Tübingen und Bonn. Die Begegnungen mit Menschen aus der Friedensbewegung und natürlich aus dem Komitee selbst wie mit u.a. Wolf-Dieter Narr, Andreas Buro, Roland Roth, Klaus und Hanne Vack, Peter Grottian waren für mich bedeutsam. Im Komitee hatten wir sehr viele Diskussionen, die mich bereichert haben. Es ist ja etwas anderes, wenn man direkt in einer Debatte steckt oder nur etwas liest. Die „allmähliche Verfertigung der Gedanken beim Reden“ (Kleist) ist ein Beispiel dafür, dass die direkte Aussprache nötig ist, um gedanklich weiterzukommen.

Was denkst Du, was hat die außerparlamentarische, radikal an Menschenrechten und Demokratie orientierte Arbeit des Grundrechtekomitees in bald vierzig Jahren erreicht?

Wir haben wohl vor allem an der öffentlichen politischen Meinungsbildung mitgewirkt und diese beeinflusst. Wir sind widerständig gegen Unrecht und Gewalt und sollten da aktiv bleiben. Ich war bei fast allen Castor-Transporten und Blockupy-Demos dabei und habe viel Polizeigewalt gesehen und erfahren. Da ist das Komitee ein wichtiges Bollwerk, um gegen Einschränkungen der persönlichen Freiheitsrechte Widerstand zu leisten, wie jetzt gegen die neuen Polizeigesetze. Kleine Erfolge erfreuen mich. Wir haben nun nach sieben Jahren Kampagne erreicht, dass sich die Justizministerkonferenz der Länder für die Einbeziehung der Gefangenen in die Rentenversicherung ausgesprochen hat. Die Strafvollzugshilfe für Gefangene ist ein ganz wichtiger Bereich der Komiteearbeit.

Was bleibt für Dich persönlich nach einem so langen politischen Leben im Grundrechtekomitee?

Ich bin dankbar, beim Komitee mit engagierten Mitgliedern im Vorstand und Kolleg*innen in der Geschäftsstelle gearbeitet zu haben. Man muss halt weiterkämpfen für eine Welt ohne Ausbeutung, ohne Rassismus, ohne Gewalt. Ich bin selbst aktuell u.a. persönlich engagiert beim Netzwerk Friedenskooperative, bei pax-christi Bonn und bei SOS Méditerranée, die im Mittelmeer mit der Aquarius Menschen aus dem Meer retten. Es ist ein Skandal, dass sie jetzt kriminalisiert werden. Mein persönliches Engagement wird weiterhin vor allem in der Friedensbewegung liegen, u.a. auch in der weiteren Mitarbeit in der Redaktion des Friedens-

Forums (das am besten alle Leser*innen dieses Beitrags abonnieren sollten!)

Was denkst Du, welche politische Bedeutung kommt einer so kleinen Institution wie dem Grundrechtskomitee in diesen Zeiten des gewaltförmigen und politisch nationalistischen Umbruchs zu?

Das Komitee spielt in der jetzigen politischen Lage eine wichtige Rolle. Wir müssen analytisch und aktions-praktisch an den grund- und menschenrechtlichen Problemen der Zeit aktiv und wachsam weiterarbeiten. Ich freue mich, dass wir

zwei tolle engagierte neue Mitarbeiterinnen gefunden haben, Michèle Winkler und Britta Rabe. Das macht viel Hoffnung, dass es mit dem Komitee gut weitergehen wird. Ich danke allen Mitgliedern und Förderermitgliedern! Ihr habt mir einen politischen Arbeitsplatz ermöglicht, den ich – so gut ich konnte – genutzt habe, um Menschenrechtspolitik und Friedensarbeit konkret umzusetzen.

Martin wir danken Dir herzlich für dieses Gespräch und die Zeit, die wir mit Dir verbringen und in der wir voneinander lernen durften.



Go-in-Büchel, 15. Juli 2018,
Foto: atomwaffenfrei.jetzt

◆ Britta, Dirk und Michèle

„Gefährder Staat“ - Der Grundrechtebericht 2018

Am 29. Mai wurde in Karlsruhe der 22. Grundrechte-Report vorgestellt, welcher sich mittlerweile als alternativer Verfassungsbericht etabliert hat. In 45 kurzen Beiträgen wird die Kluft zwischen Verfassungsgrundsätzen (Verfassungsanspruch) und Verfassungswirklichkeit im Jahre 2017 beschrieben. Es werden aber auch einige Positivbeispiele für neu erkämpfte bürgerliche Freiheiten beleuchtet, wie die vor dem Bundesverfassungsgericht eingeklagte Dritte Geschlechtsoption. In der Summe ergibt sich ein Abbild der Situation von Grund- und Menschenrechten in Deutschland, das zwar teils erschreckend, aber in dieser Form kurzweilig aufbereitet ist.

Dieses Jahr stellte Kristina Hänel den Bericht in Karlsruhe mit vor. Die Gießener Ärztin war im November 2017 zu einer Geldstrafe von 6.000 Euro verurteilt worden, weil sie auf ihrer Webseite informiert hatte, dass sie Schwangerschaftsabbrüche vornimmt. Der §219a des Strafgesetzbuches wertet diese Information als Werbung – ein Straftatbestand, der im Jahre 2018 seltsam altertümlich anmutet. Frau Hänel wies dann auch darauf hin, dass es diesen Paragraphen europaweit nur in Deutschland gibt und ein Überbleibsel aus der Nazizeit ist. Ihr Fall hat zu einer breiten Diskussion des §219a StGB im Bundestag geführt, sie will den Fall aber auch vor das Bundesverfassungsgericht tragen. Wir wünschen dabei viel Erfolg!



Weitere Schwerpunkte im Report liegen auf dem Ausbau der Überwachung der Bürger*innen durch den Staat, auf den vielfachen Einschränkungen des Versammlungsrechts zu den G20-Protesten in Hamburg und auf dem Zugewinn von Macht und Befugnissen für die Polizei durch den Begriff des „Gefährders“ und Strafrechtsverschärfungen.

Die Redaktion des Grundrechte-Reports, in der neun Bürgerrechtsorganisationen vertreten sind, tüftelt schon am neuen Report für 2019. Britta Rabe und Michèle Winkler sind für das Grundrechtskomitee neu in der Redaktion vertreten.

Grundrechte-Report 2018 – Zur Lage der Bürger- und Menschenrechte in Deutschland

ISBN 978-3-596-70189-6, 10,99 €

Portofrei zu beziehen
über die Geschäftsstelle
des Grundrechtskomitees

Artikel, Kommentare und Presseerklärungen

- **Bernd Drücke**
Die Waffen nieder!
(10. Juli 2018)
- **Sebastian Bähr**
Neue Standards der Repression
(10. Juli 2018)
- **Ein Aufruf von kritnet, medico international, ISM:**
Solidarität statt Heimat
(20. Juni 2018)
- **Dirk Vogelskamp**
Syrien: eine kriegsgeschundene Bevölkerung, ein geostrategisches Schlachtfeld und eine „humanitäre Intervention“ führender NATO-Staaten (12. Juni 2018)
- **Michèle Winkler**
„1984“ war keine Gebrauchsanleitung! Ein Kommentar zum PAG Bayern (12. Juni 2018)
- **Dirk Vogelskamp**
Die Demontage des Grundrechts auf Asyl vor 25 Jahren leitete das Ende einer humanen Flüchtlingspolitik in Deutschland ein (5. Juni 2018)
- **Britta Rabe**
Ab jetzt gilt das Faustrecht. Die Seenotrettung im Zentralen Mittelmeer bewegt sich zunehmend in rechtlosem Raum (8. Mai 2018)

Diese und alle weiteren Texte
finden Sie online unter:
www.grundrechtskomitee.de



„Überwachen, kontrollieren, einsperren.“

Demo in Düsseldorf, 7. Juli 2018

Foto: Bündnis#NoPolGNRW

Das sind keine Lösungen, sondern Grundrechtsverletzungen.“ Jasper Prigge

Rund 20.000 Menschen sind am 7. Juli in Düsseldorf gegen die Verschärfung des Polizeigesetzes in NRW und für Freiheit und Grundrechte auf die Straße gegangen. Auf Einladung des Bündnisses „Nein zum neuen Polizeigesetz NRW“ zogen die Demonstrierenden bei strahlendem Sonnenschein mit buntem und lautem Protest durch die Innenstadt Düsseldorfs bis vor den Landtag. Besonders auffallend war die gesellschaftliche Breite des Protests: Fußballfans und Datenschützer*innen, Politiker*innen und Umweltaktivist*innen, Antifaschist*innen und Migrant*innen, Gewerkschafter*innen, Feminist*innen, Jurist*innen und viele mehr gingen gemeinsam auf die Straße, um ihre bürgerlichen Freiheiten zu verteidigen.

Aus unserer Sicht ist die Mobilisierung so vieler Menschen und Organisationen als großer Erfolg zu werten. Es ist ein ermutigendes Zeichen, dass Bürger*innen (wieder) in großer Anzahl bereit sind, sich dem Abbau von Grundrechten entgegenzustellen. Das Bündnis gegen das Polizeigesetz hatte sich Ende April zum ersten Mal getroffen – viele der Teilnehmenden

schiene nur auf diesen Anschlag gewartet zu haben. Ich war von Beginn an mit dabei und habe mich in den Folgewochen vor allem in der Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit des Bündnisses eingebracht. Es entstand innerhalb kürzester Zeit eine unbeschreibliche Dynamik um das Thema. Das Bündnis organisierte Informationsveranstaltungen und Diskussionsrunden in allen großen und kleineren Städten Nordrhein-Westfalens. Bald bildeten sich Regionalgruppen in den großen Städten NRWs und es wurden Demonstrationen in Köln, Bielefeld, Bonn und Münster abgehalten. Die wunderschöne Demo in Düsseldorf als Höhepunkt war ein besonderer Lohn für die Arbeit der Vorwochen.

Das Bündnis erzielte auch einen großen Erfolg bezüglich des Gesetzgebungsprozesses: Der Protest führte neben der umfangreichen Kritik während der Expert*innen-Anhörung im Landtag dazu, dass der Gesetzesentwurf nun nachgebessert werden soll. Die Abstimmung wurde vom Juli in den Herbst verschoben. Ziel des Bündnisses bleibt aber die komplette Verhinderung der Verschärfungen, weil auch in einer abgeschwächten Form immer noch

zahlreiche Grundrechte verletzt würden. Beispielsweise soll immer noch mehrwöchiger Präventivgewahrsam auf Basis der umstrittenen Kategorie der „drohenden Gefahr“ ermöglicht werden – entgegen der geltenden Europäischen Menschenrechtskonvention.

Neben der notwendigen Weiterarbeit im Bündnis in NRW steht für uns jetzt die Vernetzung mit ähnlichen Initiativen in anderen Bundesländern an, denn auch in Sachsen und Niedersachsen liegen vergleichbare Gesetzesvorhaben auf dem Tisch. In Bayern können wir an ersten Beispielen beobachten, wie die Polizei die neuen Befugnisse gegen Geflüchtete und politisch aktive Menschen (aus)nutzt. Die lokalen Dynamiken des Widerstands gilt es zu bündeln und zu verstetigen.

Wir ermutigen all unsere Leser*innen und Mitglieder, sich den bestehenden Initiativen anzuschließen oder eigene zu gründen. Wer Informationsveranstaltungen zu den neuen Polizeigesetzen veranstalten möchte, kann bei uns Referent*innen anfragen.

◆ Michèle Winkler

Die Demonstration als drohende Gefahr?

Bezeichnend war, dass das Bündnis am Vorabend der Demonstration noch den Klageweg zum Oberverwaltungsgericht beschreiten musste, um eine vollkommen überzogene Gefahrenprognose der Polizei abzuwehren. Diese wollte keine Lautsprecherwagen innerhalb der Demo zulassen und begründete dies damit, dass auf den Wagen unter anderem Wurfmaterialien versteckt werden könnten. Das sonderbare Rechtsverständnis der Versammlungsbehörde offenbarte sich in nebenstehendem Zitat.

Dass allein der Protest gegen Polizeigewalt schon als Gefahr für die öffentliche Ordnung angesehen wird, machte deutlich, wie gering die Polizei die Versammlungs- und Meinungsfreiheit schätzt, deren Schutz ihr eigentlich obliegt.

„ Ihre Versammlung mit dem Thema ‚Nein zum neuen Polizeigesetz in NRW! Kein Angriff auf unsere Freiheit und Grundrechte!‘ bringt eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung mit sich, da diese als Protest gegen die vermeintliche Polizeigewalt bzw. Polizeihohheit genutzt werden könnte. „

Das Oberverwaltungsgericht kassierte diese Auflage denn auch folgerichtig und wies die polizeiliche Gefahrenprognose als haltlos zurück. Für das von der Polizei aufgebaute Szenario eines unfriedlichen Verlaufs gebe es wörtlich „nichts Belastbares“.

Jasper Prigge, der Anwalt und Unterstützer des Bündnisses, kommentierte die Gerichtsentscheidung und schlug die Brücke zum Polizeigesetz:

„Wie aber hätte das Gericht entschieden, wenn schon das Gesetz ein Handeln aufgrund vager Verdachtsmomente erlauben würde? Das ist der Kern des neuen Polizeigesetzes. Der Maßstab für die Prognose der Polizei wird derart verringert, dass es auf die Tragfähigkeit kaum mehr ankommt. Genauso, wie aus einem breiten gesellschaftlichen Bündnis ein gewalttätiger Mob gemacht wird, kann aus einem einzelnen Bürger ein gefährlicher Terrorist werden – mit der Konsequenz, dass schwerwiegende Grundrechtseingriffe möglich sind.“

◆ Michèle Winkler

Ein kleiner Schritt hin zu einer Rente für Gefangene

Es war 1976, als der Bundestag – damals noch in Bonn ansässig – entschied, auch arbeitende Strafgefangene und Sicherungsverwahrte hätten Anspruch auf eine Rente. Lediglich ein Bundesgesetz brauchte es damals noch, um diese Entscheidung in Kraft treten zu lassen. Indes existiert dieses Gesetz bis heute nicht.

Im Jahr 2011 initiierte das Komitee für Grundrechte und Demokratie eine Petition an den Bundestag, das Gesetz endlich in Kraft zu setzen. Die Petition wurde damals von über 6.000 Personen unterzeichnet, über die Hälfte davon waren Strafgefangene. Es folgte ein gegenseitiges Zuschieben der Verantwortung zwischen Bund und Ländern.

Dank der unnachgiebigen Bemühungen des Komitees – vornehmlich durch Martin Singe – kam nun nach jahrelangem Stillstand etwas Bewegung in die Sache: Die Justizministerkonferenz verkündete am 7. Juni 2018, eine solche Einbeziehung „sei sinnvoll“. Dieser Beschluss ist in der Tat ein kleiner Erfolg. Jetzt wären aber die Bundesministerien für Justiz und Verbraucherschutz sowie für Arbeit und Soziales gefordert, die nötigen nächsten Schritte einzuleiten. Die Antwort auf unsere Anfrage nach einer Stellungnahme an Bundesminister Hubertus Heil ist allerdings ernüchternd: „Die Frage eines Gesetzgebungsverfahrens stellt sich derzeit nicht.“ Nun steht das Justizministerium in der Verantwortung.

Ein Großteil der Gefangenen arbeitet im Strafvollzug – die meisten im Rahmen der gesetzlichen Zwangsarbeitspflicht, manche freiwillig. Ihre Entlohnung liegt deutlich unter dem Mindestlohn. Da der Arbeitgeber keine Sozialversicherungsbeiträge abführen muss, profitieren die dort produzierenden Unternehmen von hohen Gewinnspannen. Dies erfolgt auf dem Rücken der Gefangenen: Sie erwerben keine Rentenansprüche, Altersarmut ist die logische Konsequenz.



Trotz Arbeit in Haft droht Gefangenen die Altersarmut, Foto: CC

Obwohl viele Strafgefangene arbeiten, wird ihnen eine gewerkschaftliche Organisation bis heute verweigert. Dafür setzt sich die 2014 gegründete Gefangenen-gewerkschaft/Bundesweite Organisation (GG/BO) ein, die allerdings noch um ihre Anerkennung als Gewerkschaft kämpfen

muss. Neben dem Mindestlohn für Strafgefangene fordert sie zusammen mit uns die Einbeziehung in die Rentenversicherung. Es ist zu hoffen, dass die Umsetzung nicht um weitere Jahrzehnte verschleppt wird.

◆ Britta Rabe

Aktionstage Gefängnis

Unter dem Motto „Hingesehen! Gefängnis – Gesundheit – Gesellschaft“ finden vom 21. bis 30. September 2018 bundesweite Aktionstage zum Thema „Gefängnis und Gesundheit“ statt. Ein breites Bündnis aus regionalen Gruppen, Wohlfahrtsverbänden und konfessionellen Vereinigungen, darunter das Grundrechtekomitee, widmet sich u.a. den Themen: Krankenversicherungsschutz für Gefangene und Haftentlassene, psychische Erkrankungen, Behinderungen, Infektionskrankheiten oder Behandlung von Hepatitis C im Strafvollzug, gynäkologische Versorgung, Schwangerschaft und Geburt in der Haft sowie Sterben im Gefängnis, also der gesamten gesundheitlichen Situation von Inhaftierten und Haftentlassenen.



Doch auch Fragen grundsätzlicher Art sind von Belang: Was bedeutet ein Leben im Gefängnis und was ist die Funktion des Gefängnisystems in unserer Gesellschaft? Die Aktionstage wollen über die derzeitige Ausgestaltung des Strafvollzugs und den politischen Reformbedarf informieren. Darüber hinaus soll die Idee „Gefängnis“ selbst auf den Prüfstand gestellt werden. Informationen zu Veranstaltungen auf: www.aktionstage-gefaengnis.de

◆ Britta Rabe

Herzlicher Dank und Grüße aus dem Knast.

Unser jahrzehntelanges Engagement in der Gefangenen-Hilfe beschert uns viele freundliche und dankbare Briefe von Häftlingen, die Büchern oder Schreibmaschinen erhalten haben. Aus diesen möchten wir an dieser Stelle wieder ein paar Zeilen zitieren; denn ohne die finanzielle Unterstützung der vielen Förderer und Förderinnen, auch in Form von Schreibmaschinen-Spenden, wären unsere Gefangenenaktionen gar nicht machbar – der herzliche Dank der Inhaftierten gilt insofern auch Ihnen und Euch!

Aus der JVA Straubing, nach dem Erhalt eines Gesetzbuchs: „... Ich möchte Ihnen sowie allen Mitarbeitern ganz herzlich danken und mit Respekt sagen, Sie alle sind wundervolle und sehr gute Menschen, sowas habe ich noch nicht so oft im Leben erlebt. Ich wünsche Ihnen eine gute Zeit ...“

Aus der JVA Rheinbach, nach dem Erhalt einer mechanischen Schreibmaschine: „... dankend habe ich die Schreibmaschine und ein neues Farbband erhalten, es ist mir echt

von Nutzen! Ich wünsche Ihnen von ganzem Herzen das Beste und gut, dass es solche Vereine wie Euren geben tut!!! ...“

Aus der JVA Tonna, nach dem Erhalt eines Buches: „... Sie meinten zwar, dass ein weiterer Briefwegen des Portos nicht nötig wäre, aber dennoch wollte ich meinen Dank aussprechen. Ich finde es wirklich lobenswert, dass es so einen Verein wie den Ihren gibt, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, mittellosen Gefangenen zu helfen. Ihre Arbeit und Ihr Engagement sind nicht selbstverständlich und verdienen daher Respekt und Anerkennung. Ich wünsche Ihnen ... weiterhin viel Freude bei Ihrer Tätigkeit. ...“

Aus der JVA Rosdorf, nach dem Erhalt eines Buches über die Stadt Jever: „... Ganz lieben Dank für das Buch ... Ihr habt mir damit eine große Freude bereitet. Da ich in Jever geboren wurde und noch immer eine starke Bindung zu dem Ort habe, ist es eine schöne Bereicherung. So kann ich in den tristen

Stunden hier auf die Art gedanklich ein wenig ‚abschweifen‘ ...“

Aus der JVA Hannover, nach dem Erhalt eines Strafvollzugsgesetzes Niedersachsen: „... vielen Dank für die Hilfe. Über das Gesetz habe ich mich sehr gefreut und bin fröhlich zufrieden ...“

Aus der JVA Straubing, nach dem Erhalt eines Wörterbuchs Arabisch/Deutsch: „... vielen Dank für der Wörterbuch Arabisch/Deutsch bekommen für mich. Sie haben gut arbeiten machen prächtig, wunderbar. Vielen Dank nochmals ...“

Aus der JVA Straubing, nach dem Erhalt einer mechanischen Schreibmaschine: „... I have received the typewriter and I want to let you know how very much I appreciate your help and kindness. You provide a wonderful service and you have proven to be extremely efficient. Thank you again. With warmest regards, ...“

◆ Bettina Buschky

„In Lagern zu leben tötet unsere Seelen,

Europas verschlossene Grenzen ertränken unsere Existenz.“ (Women in Exile)

Es ist Zeit, sich zu entscheiden. Für offene Häfen in jeder Stadt!

Der Kapitän des privaten Rettungsschiffes „Mission Lifeline“ muss sich derzeit vor Gericht verantworten, weil sein Schiff Mitte Juni vor der libyschen Küste 234 Menschen aus Seenot rettete. Entgegen dem Befehl der italienischen Regierung unter ihrem neuen neofaschistischen Innenminister Matteo Salvini wollte die Crew

seerechtskonform die Menschen weder ertrinken lassen noch der „libyschen Küstenwache“ ausliefern. Denn diese transportiert sämtliche aufgegriffene Boatpeople zurück nach Libyen, wo sie in geschlossenen Lagern interniert werden. Dort droht ihnen bekanntermaßen Sklavenarbeit oder Prostitution, Folter oder Vergewaltigung. Mehrere Bürgermeister, darunter die von Palermo und Neapel, stellen sich gegen den repressiven Regie-

rungskurs und heißen die Schiffe willkommen. In Spanien erklärten die Bürgermeister*innen von Barcelona und Valencia ihre Städte zu „offenen Häfen“.

Noch im letzten Sommer wurden die zivilen Rettungsschiffe als „Schlepper“ und „Handlanger kommerzieller Schleuserbanden“ kriminalisiert. Heute sind sämtliche Häfen Italiens auf Anweisung Salvinis für private Rettungsschiffe geschlossen. Die bislang für die Meeresregion vor Nordafrika zuständige italienische Küstenwache hat sich vollständig von dort zurückgezogen. Die NGO-Schiffe sind gezwungen, tagelang mit hunderten überlebender und erschöpfter Menschen an Bord darauf zu warten, dass ihnen ein Land überhaupt das Einlaufen in einen Hafen gewährt. Inzwischen werden NGO-Schiffe beschlagnahmt und festgehalten und dadurch Rettungsmissionen auf dem Mittelmeer verhindert. Täglich verlieren Menschen ihr Leben, das europawärts nichts mehr zu zählen scheint.

Der zurückliegende EU-Gipfel Ende Juni wurde zu Recht „Gipfel der Unmenschlichkeit“ betitelt. Dort einigte man sich auf Internierungslager für Geflüchtete innerhalb der EU, dies ist ein Novum nach



1945. Auch sollen in neokolonialer Manier Lager in Nordafrika entstehen, die Geflüchtete davon abhalten, überhaupt erst nach Europa zu gelangen. Der Plan, Gerettete sollten nicht mehr aus dem zentralen Mittelmeer in die Häfen der EU gebracht werden, sondern direkt zurück nach Afrika, ist inzwischen Realität. Wir erleben alles in allem eine vollständig entmenschlichte Flüchtlingspolitik in der gesamten EU, in der es nur noch um die Abwehr vermeintlicher Eindringlinge geht. Wir erleben eine sprachliche Verrohung, in der Menschen auf der Flucht jegliches Menschsein aberkannt wird und zugleich eine breite gesellschaftliche Akzeptanz dieser Entwicklung.

Trotz gleichbleibend gefährlicher Sicherheitslage im Kriegsgebiet Afghanistan wird kein Abschiebestopp erlassen. Im Gegenteil, Abschiebungen dorthin werden sogar ausgeweitet. Gleichzeitig wird vielerorts solidarische Unterstützung von Geflüchteten als illegal diffamiert. Die humanitär religiöse Praxis der Kirchenasyle wird inzwischen durch die Verlängerung der Überstellungsfrist bei Dub-

lin-Abschiebungen faktisch ausgehebelt. Menschen ohne Aussicht auf Asyl sollen direkt aus sog. „Ankerzentren“ abgeschoben werden. Geschlossene Lager an deutschen Außengrenzen werden als geplante „Transitzentren“ verharmlost. Unter diesem Namen existieren längst Orte an den Grenzen Serbien/Ungarn. Es sind Nicht-Orte im Niemandsland: Sterile Container – von Beton, Stacheldraht, Überwachungskameras und Security umgeben. In einer absolut menschenfeindlichen Umgebung müssen Menschen über Monate auf einen der seltenen positiven Asylbescheide warten. Wird dies bald deutsche Realität?

Es fällt uns schwer, angesichts der aktuellen Situation angemessene Worte des Entsetzens zu finden, die nicht schon alles das vorwegnehmen, was zweifellos noch auf uns zukommen wird.

Die Hoffnung vieler, auch von uns, liegt jetzt mehr denn je in solidarischen Bewegungen von unten. Es braucht und es gibt überall Menschen, die deutlich Position beziehen für eine Gesellschaft der Vielen,

für offene Häfen und solidarische Städte. Wir zählen auf all die mutigen Menschen, die sich weiterhin für die Ausgegrenzten stark machen und die derzeit unter dem Motto „Seebrücke“ und „ausgehetzt“ bundesweit laut gegen rassistische Hetze und für die Solidarität mit Geflüchteten und ihren Helfer*innen auf die Straße gehen. Wir zählen auf all' diejenigen, die Menschen unterstützen, die sich gegen (ihre eigene) Abschiebungen zur Wehr setzen und die in aller Stille bedürftigen Menschen Hilfe und Schutz bieten. In vielen Städten und Regionen bilden sich aktuell Initiativen für ein Bürgerasyl, um Menschen Schutz vor Abschiebung zu bieten und Kirchenasyle zu entlasten. Konkret unterstützen wir als Grundrechtekomitee diese Initiativen aktiv im Aufbau geeigneter Strukturen, lokal sind wir Teil der Kölner „Initiative Bürger*innenasyl“. Wir möchten hiermit alle darin bestärken, sich Abschiebungen als Akt zivilen Ungehorsams auf vielfältige Weise in den Weg zu stellen. Denn: „wer nur ein einziges Leben rettet, der rettet die ganze Welt.“ (Talmud)

◆ Britta Rabe

Wir werden nicht aufhören zu fragen! Reaktionen auf die Urteile im NSU-Prozess



„Kein Schlussstrich!“ forderten allein in München 6.000 Menschen, Foto: B. Rabe

Am 11. Juli endete in München nach fünf Jahren der NSU-Prozess. Er repräsentiert in bedrückender Weise den gegenwärtigen Umgang in Deutschland mit rassistischen Morden und deren Aufarbeitung sowie mit rechtsradikalen Täter*innen. Grund genug für uns, dem Aufruf „Kein Schlussstrich!“ zur Urteilsverkündung nach München zu folgen, um an der ganztägigen Kundgebung vor dem Gericht teilzunehmen. Hier hieß es: Es muss weitergehen nach dem Urteil. Kein Schlussstrich unter die Aufklärung! Unter diesem Motto fan-

den an diesem Tag bundesweit zahlreiche Kundgebungen und Demonstrationen statt.

Bundeskanzlerin Angela Merkel sagte 2012 zu den Hinterbliebenen „Ich verspreche Ihnen: Wir tun alles, um die Morde aufzuklären und die Helfershelfer und Hintermänner aufzudecken und alle Täter ihrer gerechten Strafe zuzuführen. Daran arbeiten alle zuständigen Behörden in Bund und Ländern mit Hochdruck. (...) Es geht auch darum, alles in den

Möglichkeiten unseres Rechtsstaates Stehende zu tun, damit sich so etwas nie wiederholen kann.“

Der Prozess wurde diesem Versprechen ebenso wenig gerecht, wie die NSU-Untersuchungsausschüsse: Das Gericht bestätigte nun mit den Urteilen – eine hohe Strafe für Beate Zschäpe und milde Urteile für die übrigen Angeklagten, u.a. 2,6 Jahre Haft für André Eminger wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung – die Version der Bundesanwaltschaft, der NSU sei lediglich ein Trio gewesen. Für das Gericht ist die Aufarbeitung des NSU-Terrors damit zu Ende. Der Prozess berücksichtigte dabei Recherchen nicht, die längst ergeben haben, dass ein bundesweites Netzwerk von Nazis am Werk gewesen sein muss. Er klammerte die Verstrickungen des Verfassungsschutzes trotz besseren Wissens aus.

Die Kölner „Initiative Keupstraße ist überall“ fragt: „Welches Signal geht von solch einer Methode der zur Aufklärung verantwortlichen Institutionen an die Gesellschaft aus? Sicherlich nicht, dass alle extrem rechten Täter*innen (...) zur Rechenschaft gezogen werden.“ In der Keupstraße verübte der NSU einen Nagelbombenanschlag, der mehr als 22 Anwohner*innen der mehrheitlich von ▶

Menschen aus der Türkei bewohnten Straße verletzte. Arif S., einer der Anwohner, fügt hinzu: „Trotz allem werden wir hier weiterleben. Hier werden wir unsere Hoffnungen wachsen lassen. Niemand kann das verhindern“.

Den Angehörigen genügen die richterlichen Urteile nicht, sie verlangen Aufklärung: „Es gibt immer noch keine Antworten auf die Fragen, die für meine Familie am Wichtigsten sind. Wir wollen die genauen Umstände der Ermordung meines Vaters erfahren: Warum wurde gerade er Opfer? Wie sind die Täter vorgegangen? Und wer sind die anderen

Helfer des NSU? Es geht um Gerechtigkeit. Indem der Staat die Aufklärung verhindert, schützt er die Helfer der NSU-Mörder“ sagt Abdulkemir Şimşek. Er war 13 Jahre alt, als sein Vater Enver Şimşek am 11.9.2000 vom NSU in Nürnberg in seinem Lieferwagen erschossen wurde.

Gerichtsprozesse sind stets Ausdruck staatlicher Deutungshoheit und gesellschaftlicher Auseinandersetzung – wie sich derzeit etwa an den Prozessen gegen G-20 Gegner*innen in Hamburg ablesen lässt. Der Wunsch der Hinterbliebenen der NSU-Morde nach Wahrheit und Gerechtigkeit richtet sich an uns alle. Da-



Die Ermordeten des NSU waren als Porträts an der Demospitze präsent, Foto: B. Rabe

her sagen auch wir: Es muss weitergehen nach dem Urteil. Kein Schlussstrich unter die Aufklärung!

◆ Britta Rabe

„Heiter humpelnd gegen die Zerstörung der Welt“

Liebe Freundinnen und Freunde des Grundrechtekomitees!

„Heiter humpelnd gegen die Zerstörung der Welt“, so kann sich der Theologe Fulbert Steffensky das Altwerden vorstellen. Fulbert Steffensky und seine im Jahr 2003 verstorbene Frau Dorothee Sölle, ebenfalls Theologin, gehörten zu jenen Aktiven, die vor bald vierzig Jahren das Komitee für Grundrechte und Demokratie mit ins Leben gerufen haben. Wir handeln in der Zeit und werden dabei älter. So ist das nun einmal. Inzwischen tritt eine dritte Generation an, die komiteeliche Menschenrechtsarbeit fortzuführen – außerordentlich praktisch orientiert, kämpferisch und leidenschaftlich! Und auch die technische Infrastruktur (Website) altert rasch, diese benötigt aktuell eine dringende Erneuerung, die den komiteelichen Etat ungebührlich belastet.



Foto: r-mediabase.eu, Hans-Dieter Hey

Wenn unsere Webseite mal nicht erreichbar ist...

Was getan werden kann: Bedenken Sie uns mit einer Spende!

Damit wir weiterhin als Stimme menschenrechtlicher Vernunft im Getöse national-populistischer Schreihälse wahrgenommen werden und uns ihren bösartigen Vollstreckern widersetzen können, bitten wir Sie/Euch um eine unterstützende Sonderspende. Wir sind dankbar für die gemeinsam geteilte, politisch engagierte Zeit, wünschen uns allen, im Alter noch heiter humpelnd gegen die Zerstörung der Welt auf die Straße gehen zu können. Und langt die Kraft dazu nicht mehr, weil man müde und gebrechlich geworden ist, resignieren wir nicht, sondern trösten uns über den Tag hinaus mit dem Elan und Engagement all derjenigen, die dazu noch in der Lage sind.

Wir wünschen allen einen erholsamen Sommer und grüßen herzlichst!

Die Redaktion – Britta Rabe, Michèle Winkler und Dirk Vogelskamp

Datenschutz

Zum Datenschutz gemäß der EU-Datenschutzgrundverordnung: Wir halten gerne mit Ihnen Kontakt: Ihre Daten (Postanschrift) haben wir ausschließlich gespeichert, um Ihnen unseren Newsletter (ggf. Spendenbescheinigungen) zuzusenden. Es ist selbstverständlich, dass wir Ihre Daten nicht weitergeben werden. Sie können jederzeit Ihre Einwilligung, den Newsletter von uns zu erhalten, über die Anschrift und Kontaktdaten der Geschäftsstelle widerrufen und die Löschung Ihrer Adressdaten verlangen. Ebenso erteilen wir Ihnen jederzeit Auskunft, welche Daten wir von Ihnen gespeichert haben.

Komitee für Grundrechte und Demokratie

Aquinostraße 7-11
50670 Köln

Telefon 0221 97269 -30
Fax 0221 97269 -31

info@grundrechtekomitee.de
www.grundrechtekomitee.de

IBAN DE76 5086 3513 0008 0246 18
BIC GENODE51MIC

Redaktion

Britta Rabe, Michèle Winkler
und Dirk Vogelskamp

Layout

Bettina Buschky - boo graphics
www.boographics.de